

STANDPUNKT

Von Anita Kecke

Im Interesse der Opfer



Nach anfänglichen Startschwierigkeiten hat der Runde Tisch gegen Kindesmissbrauch doch zu akzeptablen Zwischenergebnissen geführt. Das gelang aber nur, weil die drei Bundesministerinnen auch wirklich den Schutz und die Stärkung der Rechte der minderjährigen Opfer ins Zentrum stellten. Zu lange lag der Mantel des Schweigens über dem, was in katholischen Einrichtungen, in sogenannten Vorzeige-Bildungsstätten wie der Odenwaldschule und auch in ehemaligen DDR-Jugendwerkhöfen und -Kinderheimen den Schutzbeholdenen angetan wurde.

Ein wichtiger Schritt ist die vorgesehene deutliche Verlängerung der zivilrechtlichen Verjährungsfrist von drei auf 30 Jahre. Denn viele Opfer schaffen es erst als Erwachsene, über die erlittenen Qualen zu reden. Leider bleibt immer noch unklar, wie die Betroffenen entschädigt werden sollen. Auch die Verlängerung der strafrechtlichen Verfolgung ist noch eine offene Frage – ebenso wie die angemessene Finanzierung entsprechender Beratungsstellen. Es liegt noch viel Arbeit auf dem Runden Tisch.

@ a.kecke@lvz.de

KOMMENTAR

Von Robert Büssow

Kurswechsel in Thüringen



Thüringen holt sich beim Sparen Nachhilfe aus Sachsen. Nichts anderes bedeutet der Personalimpf des neuen Finanzministers Wolfgang Voß in die Regierung von Christine Lieberknecht. Es ist ein klarer und nötiger Kurswechsel. Ein halbes Jahr hatte die Koalition aus SPD und CDU zuletzt um den Haushalt für 2011 gerungen – doch statt den Schuldenberg abzutragen, wird er kräftig erhöht. Hässlich wies die Opposition mit dem Finger auf Sachsen: Warum schaffen wir das nicht, ohne Schulden?

Jetzt war Lieberknecht den nervenden Vergleich mit dem Mustersparer Sachsen leid und hat ihrem Kollegen Tillich den finanzpolitischen Strippenzieher Voß ausgespannt. Ein gelungener Coup. Selbst in den eigenen Reihen herrscht Überraschung. Vor allem in der Fraktion dürften einige düpiert sein, dass ihre Chefs nicht auf heimisches Know-how setzt. Doch der Schritt ist konsequent. Sie umgibt sich mit Vertrauten – davon gibt es in der CDU-Fraktion nicht viele, seit sie Ex-Regierungschef Dieter Althaus absäbelte. Voß wird hart durchgreifen in Thüringen. Als neuer starker Mann im Freistaat, der von außen kommt, braucht er wenig Rücksicht auf Befindlichkeiten zu nehmen. Das wird schmerzhaft auch für viele in der CDU.

Das zweite Signal, das Lieberknecht mit ihrer Kabinettsbildung sendet, geht vom neuen Innenminister Geibert aus. Das große Nachrücken innerhalb des eigenen Hauses steht für Kontinuität. Geibert wird schmieden, was sein Amtsvorgänger und frisch ernannter Bundesverfassungsrichter Peter Huber an heißen Eisen schon aus dem Feuer geholt hat: allen voran die Polizeireform und die Regelung der Straßenausbaubeiträge. Ihm mangelt es im Vergleich zwar an politischem Eigenprofil. Aber als ehemals rechte Hand Hubers ist er die beste Wahl gewesen.

@ politik@lvz.de

PRESSESCHAU

Zu Stuttgart 21 meint die *Nürnberger Zeitung*: „Heiner Geißler war Realist genug, das Projekt Stuttgart 21 nicht zu begraben. Allein die Rückplanung auf eine Kopfbahn hätte bis zu 1,5 Milliarden gekostet. Und damit wäre der Verkehr sicher nicht reibungslos gelaufen.“

Zum selben Thema schreibt die *Süddeutsche Zeitung* (München): „Heiner Geißler hat in einer vorbürgerkriegsähnlichen Situation aus Kriegern wieder Bürger, aus Feinden wieder Gegner gemacht und die Unversöhnlichkeit versöhnlicher. Er hat Frieden gestiftet in Stuttgart, auch wenn man noch nicht weiß, ob dieser Frieden hält und wie lange und wie tief er ist.“

Zum selben Thema bemerkt der *General-Anzeiger* (Bonn): „Für die protestierenden Stuttgarter ist dieser Schlichterspruch eine herbe Enttäuschung mit allen Folgen für die anstehende Wahl. Ahnend, dass dies so ist, hat Geißler weitere Schlichtungsgespräche vorausgesagt. Er wird wissen, warum er nicht mehr mitmachen will.“

Zum Welt-Aids-Tag findet der *Fränkische Tag* (Bamberg): „Ein Metzger, der Krebs hat, erntet Mitleid. Erfahren die Kunden, dass er mit dem HI-Virus infiziert ist, kann er seinen Laden dicht machen. Bei einem Arzt wäre es ähnlich. Die Putzfrau im Schwimmbad bekäme Probleme, genauso die Verkäuferin. Warum eigentlich? Weil die meisten Menschen unbegründete, aber panische Angst vor Ansteckung haben.“



Die Leipziger Prostituierte Linda teilt sich eine Wohnung mit zwei Kolleginnen und zahlt Tagesmiete.

Foto: Heidrun Böger

Domina statt Hartz IV

Arbeitslose Frauen suchen ihr Heil im Sex-Gewerbe / Umsätze gehen zurück

Leipzig. Fast acht Jahre ist das Gesetz zur rechtlichen Besserstellung von Prostituierten in Kraft. Verbessert hat sich die Situation der Frauen kaum, wie das Beispiel einer Leipzigerin zeigt.

Von HEIDRUN BÖGER

Sie schätzt an ihrem Beruf die geregelten Arbeitszeiten. Gegen neun Uhr am Vormittag fängt sie an, am späten Nachmittag ist Schluss. Am Wochenende hat sie frei. Sie versteht sich gut mit ihren zwei Kolleginnen, und das Geld stimmt auch. Doch so normal das alles auf den ersten Blick wirkt, ist es doch alles andere als das. Denn Linda arbeitet als Prostituierte. Vor zehn Jahren fing sie damit an. Sie hat es nicht bereut, aber sie sagt auch: „Sie glauben gar nicht, wie sehr ich das als Job sehe, wie unbeteiligt ich dabei bin.“

Die gelernte Kindergärtnerin arbeitete früher als Maschinistin und als Frisöse. In jedem dieser Berufe hatten ihr die Chefs irgendwann bedeutet, sie sei zu alt dafür. Sie rutschte auf Harz IV, wollte sich aber nicht damit abfinden. So meldete sie sich vor zehn Jahren auf eine Anzeige in der Zeitung, in der Frauen für erotische Massagen gesucht wurden: „Ich war wie jeder voller Klischees, dachte, dass Prostituierte eingesperrt seien, einen Zuhälter haben und nur nachts arbeiten. Außerdem ist das nur was für junge“, erzählt die heute 55-Jährige rückblickend. Doch das Geld lockte.

Sie hatte dann eine Art Vorstellungsgespräch mit einer Frau in ihrem Alter und die Wahl, ob sie die Männer tatsächlich nur auf erotische Art und Weise massieren wollte – oder doch Verkehr. Linda – das ist natürlich eine Art Künstlername – spricht das Wort sachlich aus, geschäftsmäßig. Das Wort Sex kommt ihr während des gesamten Gesprächs nicht über die Lippen. Sie entschied sich für „richtige“ Prostitution, „des Geldes wegen“, wie sie sagt.

Damals hatte sie 20 000 Mark Schulden. Nach einem halben Jahr konnte sie

das Geld zurückzahlen, die Geschäfte liefen gut. „Heute ist das anders, es gibt viel weniger Gäste als früher.“ Auch das Wort Freier nimmt sie nicht in den Mund.

Montags bis freitags arbeitet Linda in einer Wohnung in Leipzig-Stötteritz mit zwei anderen Kolleginnen. Sie zahlen Tagesmiete an den Vermieter, den sie auch als Chef bezeichnen. Allein in seiner Firma arbeiten etwa 80 Prostituierte. Mit den Arbeitsbedingungen ist Linda zufrieden. Es ist ein ganz normales Mietshaus. Neben dem Klingelschild mit dem (fiktiven) Namen Lehmann klebt ein kleines Herz, einziger Hinweis darauf, dass hier Prostituierte ihrer Arbeit nachgehen. Die Mieter im Haus wissen Bescheid, es scheint sich niemand daran zu stören.

Letzte Woche konnte Linda ihre Tagesmiete nicht bezahlen, so schlecht laufen die Geschäfte. Eine halbe Stunde kostet bei der 55-Jährigen etwa 60 Euro. Ihr Alter sei für die Freier kein Problem, meint sie.

Linda ist verheiratet mit einem zehn Jahre jüngeren Mann, sie hat zwei erwachsene Töchter von ihrem ersten

Mann und ist schon mehrfache Oma. Weiß die Familie Bescheid? „Ja, sie haben kein Problem damit.“ Ihr Mann auch nicht?: „Er war früher selbst Puffgänger, er hat gesagt, ich muss es selbst entscheiden.“ Von Beruf ist er Tischler, 16 Jahre sind sie schon zusammen. Manchmal holt er sie von der Arbeit ab.

Was Linda stört, ist der Trend zum Ungewöhnlichen, zum Risiko. Immer mehr Freier wollen Verkehr ohne Kondom, S/M oder Ähnliches. Viele Männer lieben die Unterwerfung. Linda trocken: „Da hab ich nichts dagegen, da brauche ich mich wenigstens nicht ausziehen.“ Sie findet ihren Beruf nicht gefährlich und nimmt auch die kostenlosen

Vorsorgetermine beim Leipziger Gesundheitsamt wahr.

Insgesamt ist Linda mit ihrer Situation nicht unzufrieden. Nur dass die Geschäfte schlecht laufen, bedauert sie. Ein genereller Rückgang der Prostitution scheint in Deutschland Tatsache zu sein, das betrifft auch Leipzig. Die Politologin Rebecca Pates, die sich wissenschaftlich mit so genannter Deviation, mit der Abweichung vom Standard, beschäftigt, bestätigt den Trend: „Durch das Internet

ist es leichter, Sex auch ohne Geld zu bekommen.“ Immer weniger Männer gehen ins Bordell. Schätzungen gehen von etwa 500 haupt- und nebenberuflichen Prostituierten in Leipzig aus.

Für die Frauen hat sich die Situation seit dem „Gesetz zur rechtlichen Besserstellung der Prostituierten“, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, wenig verbessert, denn es wird zu wenig umgesetzt. Das Gesetz hob die Sittenwidrigkeit der Prostitution auf und erhob sie in den Rang einer anerkannten Dienstleistung. Zwar ist Prostitution im Gegensatz zur Zuhälterei seitdem nicht mehr strafbar, aber nach wie vor ist es für die Frauen schwierig, sich zu versichern. Das betrifft sowohl die Kranken- als auch die Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Genauere Zahlen zur Prostitution in Deutschland gibt es nicht. Schätzungen gehen von 400 000 Huren aus, täglich gehen etwa 1,2 Millionen Männer zu Prostituierten. Etwa 12 Milliarden Euro werden jährlich mit dem Sexgeschäft umgesetzt. Prostitution und Menschenhandel sind untrennbar miteinander verbunden. Etwa sechzig Prozent der Prostituierten sind Ausländer, gut die Hälfte stammt aus Mittel- und Osteuropa, zwanzig Prozent aus Asien, 15 Prozent aus Lateinamerika, zehn Prozent sind Afrikanerinnen.

Die Leipziger Wissenschaftlerin Rebecca Pates plädiert für eine Umsetzung des Gesetzes auch in Sachsen: „Erfahrungen in Dortmund und Hannover sind positiv.“ Dort können die Prostituierten ein Gewerbe anmelden. Entsprechend gut ist die Akzeptanz zum Beispiel bei der Polizei, die nach dem Rechten schaut.

Im Umkehrschluss arbeiten die Frauen mit der Ordnungsmacht zusammen, berichten zum Beispiel über illegale Prostituierte oder solche unter 18 Jahren. Ein generelles Verbot der Sexarbeit wie in Schweden hält Rebecca Pates nicht für sinnvoll: „Das dämpft Prostitution nicht ein, sondern macht sie nur unsichtbar.“



Etwa 500 Prostituierte arbeiten in Leipzig. Ein Großteil des Gewerbes läuft in Privatwohnungen ab. Foto: Heidrun Böger

Jahrtausendkälte? Meteorologen erwarten normalen Winter

Berlin. Der Friseur hat es schon gehört und auch die Nachbarin orakelt: Dieser Winter werde grauenhaft, ein „Jahrtausendwinter“, viel schlimmer noch als der eisige Winter des vergangenen Jahres. Dieses eisige Szenario geht vor allem auf russische Meteorologen zurück. „Im Januar und Februar werden im europäischen Teil des Landes Temperaturen von mindestens minus 30 Grad Celsius wohl keine Seltenheit sein“, sagt etwa Alexander Frolow von der staatlichen Wetterbehörde Rosgidromet. Ähnliches prognostiziert der Forscher Igor Janizki. Ein Grund sei die Abkühlung des Golfstroms als Folge der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, sagte der Leiter des Zentrums für Umwelt und geophysikalische Prozesse in Moskau.

Russische Wetterforscher verstehen viel von Eiseskälte, von einer derartigen Winterprognose ist dennoch nichts zu halten. Da sind sich die Experten hierzulande einig. „Das darf man nicht so ernst nehmen“, sagt Klimaforscher Erich Roeckner vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg. Bei den Prognosen sei wohl viel Profilierungssucht im Spiel. „Die Langfristprognose steckt noch in den Kinderschuhen“, betont auch Martin Jonas, Meteorologe beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach. „Grundsätzlich gilt deshalb für alle diese Vorhersagen: Seriös sind sie nicht.“

Wie der Winter in Deutschland wird, hängt zu einem großen Teil von der sogenannten Nordatlantischen Oszillation ab, der Schwankung des Luftdrucks zwischen Island und den Azoren. „Sie ist im Grunde genommen ein Maß für die Stärke des Westwinds“, erläutert Roeckner. Ist die Druckdifferenz groß, pfeift der Wind stärker nach Mitteleuropa hinein – und hält die aus dem Osten heranströmende Kälte besser in Schach. „Warme und feuchte Luft wird dann vom Atlantik nach Deutschland transportiert.“

Wie sehr sich der Luftdruck von Azoren und Island im Januar oder Februar unterscheiden wird, kann man nur raten. „Das ist überhaupt nicht vorhersehbar über die normale Wettervorhersage hinaus“, sagt Roeckner. „Ohnehin ist die Oszillation nur entscheidend, wenn nicht gerade andere Faktoren eine wichtige Rolle spielen“, ergänzt Jonas. Das könne etwa ein



Traumwinter wie jetzt im Harz oder Schmutzdelwetter? Die Prognosen bleiben vage.

Tiefdruckgebiet über dem Atlantik sein. „Aber egal, ob Luftdruck, Golfstrom oder Oberflächentemperatur der Meere: Die Daten liefern immer nur Indizien, schwache Indizien, dass etwas so oder so passieren könnte.“

Forscher wie Roeckner halten sich an die Fakten – und die liefern nur einen winzig kleinen Hinweis, wie der Winter in Deutschland werden könnte. „Das Einzige, worauf sich eine Prognose für den Winter gründen könnte, ist die Wassertemperatur im tropischen Pazifik.“ Es gebe einen sehr schwachen statistischen Zusammenhang zwischen El-Niño-Jahren und einer eher schwachen Nordatlantischen Oszillation – und damit einem harten Winter in Mitteleuropa.

Im vergangenen Jahr habe es ein solches El-Niño-Phänomen vor der Küste Perus gegeben. „Umgekehrt gilt: Ist der tropische Pazifik kalt, wie das in diesem Jahr der Fall ist, dann hat man in der Regel eine stärkere Nordatlantische Oszillation“ erklärt der Klimaforscher. „Das würde eher für einen warmen Winter sprechen, mit einer ganz geringen Wahrscheinlichkeit.“ Eine Prognose sei das aber auf keinen Fall. „Nur wenn ich wetten müsste, wenn ich gezwungen wäre zu wetten, dann würde ich auf einen eher etwas wärmeren Winter wetten.“

Der aktuelle Jahreszeitentrend des Deutschen Wetterdienstes sieht ähnlich aus. „Nach dem aktuellen Modelllauf besteht eine Tendenz für einen im Mittel „normalen“ Winter in Deutschland“, heißt es da. Die Wahrscheinlichkeit liege bei gut 40 Prozent. Gut ein Drittel der Modellläufe gehe von einem zu warmen Winter aus, etwas mehr als 20 Prozent von einem kälteren. Die von den Russen verkündete Tendenz zum „Jahrtausendwinter“ könne für Deutschland nicht bestätigt werden. *Annett Klimpel*

Schmerzensgeld gegen Datensammelwut

Bundesinnenminister de Maizière legt Gesetzentwurf zum Datenschutz im Internet vor / Branche will Kodex

Berlin. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will im weltweiten Netz eine rote Linie ziehen, um die Privatsphäre der Bürger besser zu schützen. Zudem sollen Verbraucher bald eine zentrale Anlaufstelle zum Datenschutz bei sogenannten Geodatendiensten wie Google Street View erhalten. Dies sieht eine Selbstverpflichtung der Internetwirtschaft vor, die der Branchenverband Bitkom gestern in Berlin vorgestellt hat.

Staatliche Einschränkungen und freies World Wide Web – geht das zusammen? Minister de Maizière (CDU) will Mindeststandards für den Datenschutz bei allen Internetangeboten definieren. Es gebe Punkte, an denen „es mit Selbstverpflichtungen nicht getan ist“, sagte er. Verhindert werden sollen „besonders schwere Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht“.

Mit dem neuen Gesetz will der Minister die Veröffentlichung, nicht aber die Verarbeitung von Daten regeln. Im Visier hat de Maizière dabei vor allem die Profilbildung, also das gezielte Sammeln von Daten über eine Person. Dazu zählen etwa Bewegungsprofile oder das Veröffentlichende des Wohnorts vorbestrafter Menschen. Bei Verstößen sieht der Gesetzentwurf einen Anspruch auf Schmerzensgeld vor. De Maizières Vorlage konzentriert sich auf einen Kernbe-

reich. „Jenseits der Grenze möchte ich viel Freiheit.“ De Maizière will außerdem zügig klären, ob Gesichtserkennungsdienste erlaubt werden sollten, Personenprofile durch das Speichern von Anfragen bei Suchmaschinen gebildet werden und inwieweit Standortdaten genutzt werden dürfen.

Die Diskussion um Geodatendienste war durch den Start von Google Street View in Deutschland aufgekommen, wo

Nutzer die Bilder von Straßenzügen betrachten können. Nach heftigen Protesten ermöglichte Google den Betroffenen hierzulande, ihre Hausfassaden unkenntlich zu machen.

Die Internetwirtschaft will nun ein zentrales Internetportal zum Datenschutz bei Geodatendiensten einrichten. Dort sollen Verbraucher Widerspruch einlegen können, etwa damit Hausfassaden, Menschen oder Autos unkenntlich

gemacht werden. Für die Anbieter ist der Datenschutzkodex verbindlich, die Einhaltung soll kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden.

Der Kodex soll zunächst mit der Politik abgestimmt werden und in der zweiten Jahreshälfte 2011 in Kraft treten. Bitkom-Präsident August-Wilhelm Scheer hob hervor, die Vereinbarung sei „so angelegt, dass sie von ihrer Struktur her ein Modell für Selbstverpflichtungen in anderen Bereichen der Internetwirtschaft sein kann“.

Ein von Datenschützern gefordertes zentrales Register, in dem Verbraucher ihre Widerspruch generell hinterlegen können, lehnten Scheer und de Maizière ab. Auch dadurch entstehe wieder eine Datensammlung, deren Schaden größer sei als der Nutzen. Zudem könne ein solches Register eine „besondere Versuchung für Hacker“ sein, sagte der Minister.

Der Datenschutz-Experte der Linkspartei, Jan Korte, kritisierte den Entwurf als unzureichend und unkonkret. Dass der Staat noch lange nicht so weit ist, souverän mit dem öffentlichen Raum Internet umzugehen, zeigt die heutige Vorlage des Innenministers, die in einer Liga mit dem DE-Mail Projekt und dem völlig unnötigen und unsicheren elektronischen Personalausweis spielt. *Maja Zehrt*



Innenminister Thomas de Maizière informiert sich bei Bitkom-Chef August-Wilhelm Scheer über die Wünsche der Branche. Foto: dpa